



Foto: Jan Schenck. In: Jan Schenck (Hg.), Verbrannte Orte. Witten/Beilin 2023, S. 114

Vom Un-Ort zum Ort der Geschichte: Schauplatz der Bücherverbrennung vom 21. Juni 1933
Auf der Höhe vor Niedergrunstedt in Thüringen (zum Band von Jan Schenck, S. 301ff.)

REZENSIONEN

Zurückgegebene Geschichtlichkeit

Unser Verhältnis zu historischen Stätten, zu Ereignisorten der Geschichte, ist maßgeblich von Vorkenntnissen bestimmt. Zwar bewegen wir uns in urbanen Räumen ständig in Umgebungen, in denen sich Geschichte ereignet hat. Doch abgesehen von Allgemeinwissen wie etwa um die historische Bedeutung des Reichstags oder von Rathäusern sind wir schnell auf Erläuterungen – vor Ort: Hinweis-, Info-, Gedenktafeln oder Steine – angewiesen, um die Vergangenheitsdimensionen und die Bedeutung von Orten als Schauplätze in ihrer Gegenwartsercheinung zu dechiffrieren. Haben wir ein solches Wissen nicht, bewegen wir uns geschichtsblind durch Straßen und über Plätze.

Solche geografischen oder räumlichen Wissenslücken macht ein Band bewusst, für den der Fotograf Jan Schenck Stätten festgehalten hat, an denen die Nazis Bücher verbrannten. Wir blättern uns durch Neubauten, Park- oder Sportplätze, Betonmauern, öde Wandpanoramen. Und oft zeigen Schencks Fotos Un-Orte, also Stätten bzw. Ansichten, bei denen vordergründig nichts dazu verlockt, auf den Auslöser der Kamera zu drücken. Es sei denn, man hat historisches Wissen. Denn dann erkennt man sie zugleich als Orte

der Un-Kultur, als Schauplätze der Aktion „Wider den undeutschen Geist“ des Jahres 1933.

Fast wie ein historischer Detektiv hat es sich Jan Schenck zur Aufgabe gemacht, deutschlandweit jene Stätten abzulichten, an denen die Scheiterhaufen mit von den braunen Machthabern verfemter Literatur, aber auch von Fahnen und Plakaten etc. loderten. Fast alle muten nach 81 Jahren nur als beliebige Plätze an, denn die historische Schau bleibt allein der Fantasie des Betrachters überlassen. Und es gibt nur wenige historische Fotos der faschistischen Buchverbrennungen – hier muss also kein Transfer der zeitgeschichtlichen Aufnahme ins Jetzt geleistet werden. Schencks Fotos sind vielmehr Anlass und Aufforderung, durch die Gegenwart hindurchzuschauen, einen umgekehrten Transfer vom Jetzt in die Vergangenheit zu leisten, indem man Bilder im Gedächtnis heraufbeschwört, die 1933 an anderen Orten aufgenommen wurden. Nur dank der Erläuterungen des Fotografen bekommen die Stätten ihre historische Dimension, denn fast nirgends gibt es irgendwelche Informations-Installationen.

Wir sehen nur, was wir wissen: Jan Schenck hat hier nun eine Auswahl von 60 Fotos aus seiner Arbeit



Jan Schenck, *Verbrannte Orte*. Nationalsozialistische Bücherverbrennungen in Deutschland. Wien/Berlin: Mandelbaum Verlag 2023. 192 S.

zusammengestellt. Aus Schleswig-Holstein zeigt er den Wilhelmplatz in Kiel, die Lummenstraße auf Helgoland, den Buniamshof in Lübeck, den Exerzierplatz in Flensburg und den Rendsburger Paradeplatz¹, aus dem übrigen Bundesgebiet Stätten in Zwickau oder Bielefeld, Pirna oder Kaiserslautern, Hirschberg, Kahla oder Greifswald und viele mehr. Sie alle sind mit dem Rubrum „Verbrannte Orte“ geklammert und bekommen damit ihre Geschichtlichkeit zurück.

Als Schenck mit seiner Kamera loszog, waren 25 Stätten von Bücherverbrennungen bekannt – inzwischen verzeichnet sein für

das Projekt entwickelter Online-Atlas² mehr als 160. Denn seine Aktivitäten haben zu immer neuen Hinweisen auf Schauplätze der nationalsozialistischen Kulturvernichtung geführt. So war etwa für Schleswig-Holstein nicht bekannt, dass auch auf Helgoland Bücher brannten. Schencks Entdeckungen öffnen auch für die Geschichts- wie Literaturwissenschaft Neuland, oder richtiger: rücken Neuorte in die Wahrnehmung.

Auch in Zeiten, in denen gern von Citizen Science gesprochen wird, in denen also mithilfe kollektiver Schwarm-Neugier Daten gesammelt werden, sind Aktivitäten wie diejenige von Jan Schenck ungewöhnlich – er forscht nicht, durchstöbert keine Archive, sondern lässt sich von seinem Ausgangswissen leiten und öffnet dann optisch eine sich immer stärker verdichtende historische Realität: Klar ist, dass wir noch lange nicht über alle Orte der Bücherverbrennung Bescheid wissen. Bis in die tiefste Provinz führen ihn die entdeckten Spuren, und er dokumentiert eine historische Gleichzeitigkeit der kulturfeindlichen Ereignisse bis in die entlegensten Winkel des Landes, die bislang eher mit Groß- und Universitätsstädten assoziiert werden.

Der Band *Verbrannte Orte* ist grafisch sehr ästhetisch und hochwertig gestaltet, ohne dass die

1. Einige dieser Fotos sind auch zu sehen in Jan Schenck, Das Fotoprojekt „Orte der Bücherverbrennung“. In: ISHZ 59 (2019), S. 205-211.

2. <https://verbrannte-orte.de>

kreativen Elemente – Seiten mit Negativdruck, schräg in die unteren Seitenecken gestellte Pagina, Queranordnung von Bildern und beschreibenden Texten – den Fotos Konkurrenz machen, ihnen die Wirkung nehmen würde.

Zu den 60 Fotos hat Schenck als Herausgeber Essays mit historischen Zuordnungen der Geschehnisse sowie fünf Porträts der „verbrannten“ Kulturschaffenden Alice Berend, Ernst Weiß, Josef Hofbauer, Adrienne Thomas und Eva Leidmann versammelt, die Hintergründe ausleuchten, Zusammenhänge konkretisieren, Einordnungen ermöglichen.

Jan Schenck, ausgebildeter Fotograf, ist kein Historiker oder Philologe, sondern eher in der antifaschistischen Bewegung beheimatet. Doch seine Bilder beweisen, dass es in erster Line des Engagements bedarf, um einen Bewusstseins-Transfer aus der Geschichte in die Gegenwart zu

bewerkstelligen (oder funktioniert das umgekehrt?). Mit seinen Bildern, den Ausstellungen, den Vorträgen und dem Online-Atlas hat er das Wissen der Literaturgeschichte zum deutschen Faschismus stärker erweitert als mancher kluge Sammelband oder manche Expertentagung (die man natürlich trotzdem nicht missen will).

Fazit: unbedingt sehenswert! Unbedingt lesenswert!

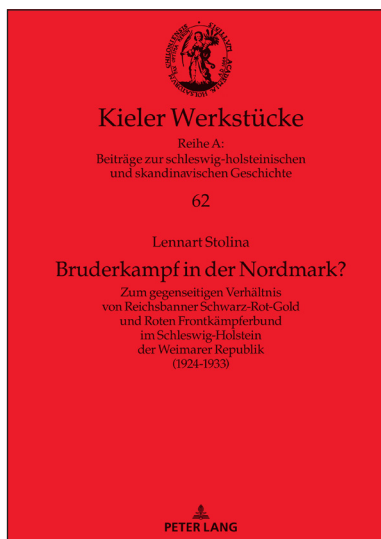
Nachsatz: Jan Schencks Arbeit im Jahr 2020 im thüringischen Städtchen Kahla hat nach langem Hin und Her und örtlichen Initiativen dazu geführt, dass der Stadtrat einstimmig die Errichtung eines Gedenksteines beschlossen und am 17. November 2023 umgesetzt hat. Jan Schenck: „Ich kenne keinen anderen Ort, an dem dieser Prozess derart schnell voran ging.“

Kay Dohnke

Rekonstruktion mit Schwächen

Lennart Stolina hat mit *Bruderkampf in der Nordmark?* seine in Kiel an der Christian-Albrechts-Universität entstandene Masterarbeit als Buch vorgelegt, die von Prof. Dr. Oliver Auge und Jan Ocker M.A. betreut wurde. Auf 140 Seiten beschreibt der Autor die Entwicklung und das Agieren zweier ungleicher „Kampfverbände“ in der Weimarer Republik. Während das Reichsbanner (RB)

als gemeinsame Organisation aller Republikenschützenden gegründet wurde, war das Ziel des Rotfrontkämpferbunds (RFB) der KPD die Überwindung der republikanischen Staatsform. Gleichzeitig gab es zumindest formal gemeinsame Interessen im politischen Kampf, was Stolina anhand der Analyse der Kampagne zum Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenvermögen



Lennart Stolina, *Bruderkampf in der Nordmark? Zum gegenseitigen Verhältnis von Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Roten [sic] Frontkämpferbund im Schleswig-Holstein der Weimarer Republik (1924–1933)*. Berlin u.a.: Peter Lang Verlag 2023. 148 S. (= Kieler Werkstücke. Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, 62).

1926 sowie des Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau 1928 untersucht.

Die Arbeit teilt sich in sechs Kapitel, beginnend mit einer obligatorischen Einleitung (Thema, Fragestellung, Quellenlage und Forschungsstand), einer Zusammenfassung zur Situation in Schleswig-Holstein („Erste Gehversuche einer Republik“) und zu Aufbau und Struktur von RB und RFB. Die daran anschließende Analyse des Agierens beider Formationen in der Zeit von 1924 bis 1929 macht

mit fast 60 Seiten den größten Teil der Arbeit aus, gefolgt von einem Ausblick auf die Zeit von 1929 bis 1933. Die Zusammenfassung der Ergebnisse sowie ein Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Orts- und Personenregister schließen die Veröffentlichung ab.

Die Stärke von Lennart Stolina's Darstellung liegt darin, erstmalig für die gesamte Region Schleswig-Holstein die Struktur, Organisation und einige politische Kampagnen dieser beiden Verbände nachzuzeichnen. Damit schließt er eine Forschungslücke, denn hierzu gab und gibt es aktuell nur vereinzelte Hinweise, die sich zumeist in den Monografien zu den Kreisgebieten finden und häufig bei der Aufzählung von Parteigeschichte nur kurz die beiden Verbände erwähnen. Dementsprechend hoch muss dem Autor angerechnet werden, dass er hier erstmals die Organisationsgeschichte von RB und RFB für Schleswig-Holstein rekonstruiert. Dafür greift er einerseits auf eine überschaubare Anzahl von vorhandenen Online-Quellen des Bundesarchivs zurück, andererseits auf eine Vielzahl von Akten aus dem schleswig-holsteinischen Landesarchiv in Schleswig, hauptsächlich aus dem Oberpräsidium (u.a. zum Republikschutz, daneben auch Berichte der Landräte und Polizeibehörden). Unvermeidlich sind dabei die Quellen zum RFB auch immer durch den staatlichen und polizeilichen Überwachungsblick geprägt,

während es beim RB ein Mehr an internen Überlieferungen gibt, auf die zurückgegriffen werden kann. Bei den gedruckten Quellen sind es u.a. die online einsehbare einschlägige Zeitschrift des Reichsbanners und (sehr ausgewählt) einzelne Ausgaben diverser (regionaler) Zeitungen, die in den Akten überliefert wurden. Eine systematische Auswertung etwa der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* der SPD oder der *Norddeutschen Zeitung* der KPD erfolgte nicht.

Doch wie sind die zahlreichen Schwächen der Arbeit zu bewerten, die hier aus Platzgründen nur exemplarisch angesprochen werden? Zuerst fällt eine Vielzahl von sprachlichen Ungenauigkeiten auf, etwa wenn Stolina von „demokratischer Grundordnung“ statt von Verfassung schreibt (S. 11), wenn vom „Verwaltungsbezirk ‚Wasserkante‘ der KPD“ und später vom „Gau Wasserkante der KPD“ die Rede ist (S. 12 / S. 14) oder von „potenziellen Kooperationspotenzialen“ (S. 12).

Auf Seite 68 heißt es: „Das Reichsbanner hatte demnach eindeutig erkannt, dass auf den Äckern der Bauern durch Missernten und hohe Steuerlasten in den vergangenen Jahren ein nahrhafter Boden für antirepublikanisches Gedankengut geworden war.“

Über solche Schwächen ließe sich vielleicht noch hinwegsehen, doch gehen diese immer einmal wieder in fachliche Fehler über, etwa auf Seite 75: „Bereits nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Juni 1925 hatte die Kommunistische Internationale beschlossen, ...“; gemeint ist natürlich, dass der Beschluss der Komintern im Juni 1925 erfolgte, denn Hindenburg wurde bereits im April gewählt. Ähnlich ärgerlich sind auch Sätze wie diese: „Zwar hatte der RFB versucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten Werbung für sich und die Reichspräsidentenwahl zu betreiben, der gewünschte Effekt blieb allerdings aus. Bei den Reichstagswahlen erhielt Ernst Thälmann, der Kandidat der KPD, lediglich etwa 6 % der Wählerstimmen“ (S. 58). Solche offensichtlichen Formulierungsfehler hätten den Korrektoren auffallen müssen, wobei noch anzumerken ist, dass auch das Wahlergebnis unkorrekt ist.¹

Solche Schwächen zeigen sich schon zu Beginn der Arbeit, wo für den März 1925 von der ersten NSDAP-Ortsgruppe gesprochen wird (S. 9) und etwas später dann auf die früher gegründete Ortsgruppe in Altona verwiesen wird (S. 32, FN 99). Nicht nur an dieser Stelle entsteht der Eindruck, dass vorhandene

1. Legt man die von Stolina selbst herangezogene Übersicht von Falter/Lindenber/Schumann (Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986) zugrunde, lauten die Ergebnisse für Schleswig-Holstein für die KPD bzw. Thälmann: Reichstagswahl 4.5.1924: 10,2 %; Reichstagswahl 6.12.1924: 6,7 %; Reichspräsidentenwahl 29.3.1925 / 26.4.1925 5,3 % / 4,8 %.

Literatur – vermutlich aus Zeitgründen – nicht genau genug verarbeitet oder eben überhaupt nicht wahrgenommen worden ist. Schon bei den knappen Erläuterungen zur gesellschaftlichen und politischen Ausgangssituation Schleswig-Holsteins in der Weimarer Republik greift Stolina nur auf die Zusammenfassung von Rudolf Rietzler in dessen Arbeit zur NSDAP² sowie die Ausführungen von Gerhard Stoltenberg zum Landvolk³ zurück, aber weder auf die schon bei Rietzler verarbeiteten statistischen Überblicke noch auf deutlich aktuellere Erkenntnisse.

Ob der Autor hätte erläutern müssen, dass die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei bestand (S. 23), ist vielleicht zu vernachlässigen, doch warum die Spaltung der politischen Arbeiterbewegung am Ende des Ersten Weltkriegs in USPD und MSPD lediglich in einer Fußnote (S. 22, FN 52) erwähnt wird, hingegen nicht. Dieses zentrale Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung führte schließlich in der Folge u.a. zur Gründung der KPD.

Auch weitere wichtige Informationen werden in die Fußnoten verlagert, so etwa, wenn die wirtschaftliche Situation der Bauern in 22 Zeilen (!) in einer Fußnote dar-

gestellt (S. 66, FN 237) oder eine Frage zum Kräfteverhältnis des RFB in Schleswig-Holstein gegenüber Hamburg lediglich in einer Fußnote aufgeworfen wird (S. 69, FN 257).

Gerade bei der Wiedergabe und Bewertung von Wahlergebnissen lässt Lennart Stolina zu wenig Wissen erkennen, und auch die Zusammenfassung zu den Ereignissen zum Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenvermögen 1926 hinterlässt beim Rezensenten einen ähnlichen Eindruck. Für Stolina geht es bei der Analyse dieser Ereignisse darum, ob RB und RFB in der Kampagne kooperierten, ob es also einen Handlungsspielraum für eine Art Einheitsfront gegeben habe (S. 73).

Tatsächlich hielten sich RFB und KPD bewusst mit verbalen Angriffen auf SPD und RB zurück, doch diente dies lediglich dazu, deren Anhänger für sich zu gewinnen. Deshalb gab es auf Seiten des RB und der SPD kein Interesse an einer Kooperation (S. 78f). Doch Stolinas Fazit lautet: „Es war also nicht nur die allgemeine Ablehnung gegenüber den Kommunisten, wenngleich sie wohl den größten Anteil hatte, sondern auch die innere Uneinigkeit des Reichsbanners, die die zahlreichen Bemühungen um eine

2. Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1982 (= Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, 4).

3. Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Düsseldorf 1962 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 24).

Einheitsfront von kommunistischer Seite unbeantwortet und eine aktive Zusammenarbeit nicht zustande kommen ließen.“ (S. 83) Meines Erachtens dürfte es eher die realistische Einschätzung der Motive des RFB gewesen sein, die dafür ausschlaggebend war.

Im Nachfolgekapiel geht es eingangs um das RFB-Verbot 1929 und seine Folgen und im Anschluss um den Aufstieg der NSDAP und die Reaktionen darauf (S. 101ff.). Angesichts der Kürze konzentriert sich Stolina dabei auf den Wahlsieg 1930, den Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags 1931 und die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen KPD und NSDAP. Das Ende der Weimarer Republik ab April 1932 handelt er im Schnelldurchlauf in 19 Zeilen ab (S. 113). Was dabei fehlt, ist die Beschreibung der Aufbruchsstimmung, die die Gründung der republiktreuen „Eisernen Front“ insbesondere unter den aktivistischen jungen Männern (des Reichsbanners und der SPD) hervorgerufen hat, was sich in Artikeln in der sozialdemokratischen *Volkszeitung* widerspiegelt.

Gleiches gilt für die Stimmung nach dem Papen-Putsch im Juli 1932, wo es seitens der jüngeren Männer in der SPD den Wunsch gab, sich nicht nur juristisch gegen die Absetzung der SPD-Landesregierung zu wehren, und deshalb eine massive Enttäuschung über die Realpolitik der Parteiführung vermeldet

wurde. Grundsätzlich wäre genau dieser Generations- und Geschlechter-Aspekt (Stichwort: junge Männer und Gewalt bzw. Aktionismus) auch einen Blick wert gewesen.

Abschließend muss auf einen grundsätzlichen Missstand hingewiesen werden: Im Quellen- und Literaturverzeichnis werden fast alle Aufsätze aus der *Demokratischen Geschichte* fälschlicherweise der *Zeitschrift für schleswig-holsteinische Geschichte* oder sogar den *ISHZ* zugeordnet. Das betrifft insgesamt zwölf Einträge, und es gibt noch weitere Fehler, etwa Doppelungen von Literaturangaben, weil einzelne Namen falsch geschrieben wurden, Fehler in den Titelangaben („Kampf **um die** Nordmark“ statt „**in der** Nordmark“) und an einer Stelle sogar eine falsche Autorenangabe (Jürgen Jensen statt richtigerweise Jochen Bracker, S. 127). Das darf nicht passieren und lässt grundsätzliche Zweifel an der Sorgfalt des Autors aufkommen.

Am Beispiel der Masterarbeit von Stolina lassen sich exemplarisch grundsätzliche Fragen stellen, was von solchen Arbeiten erwartet werden kann. Wie viel regionalgeschichtlicher Forschungsstand muss notwendigerweise verarbeitet und reflektiert werden? Wie viel Parteiengeschichte muss eingearbeitet sein? Ist hier Schnelligkeit vor Sorgfalt, Gründlichkeit und Präzision gegangen? Die vielen Fehler im Literaturverzeichnis, die Ungenauigkeiten in einigen Fußnoten, so mancher

sprachlicher Schnitzer sprechen dafür, dass weder der Autor noch die Begutachter an der CAU, die (nicht vorhandenen?) Verlagslektoren oder die Juroren der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (die Stolina den Nachwuchspreis für 2023 zuerkannt) die Masterarbeit fachlich und gründlich durchgesehen haben.

Grundsätzlich nährt die Häufung all dieser Kleinigkeiten und Fehler die Frage, ob Lennart Stolina auch bei der Auswertung der

Quellen eher zu schnell und wenig gründlich vorgegangen ist oder ob er zumindest dort genügend Sorgfalt an den Tag gelegt hat, dass seine Ergebnisse tragfähig sind. Lennart Stolinas Masterarbeit ist damit einerseits ein Gewinn für die Regionalgeschichtsforschung, andererseits hinterlässt sie beim Rezensenten auch nach zweimaligem Lesen ein sehr zwiespältiges Gefühl und eine gewisse Ratlosigkeit darüber, wie sie zu bewerten ist.

Frank Omland

Fundament künftiger Aufarbeitung

Seit 2019 wird jedes Jahr am 16. Mai in Lübeck eine Gedenkveranstaltung abgehalten zur Erinnerung an „den Beginn systematischer Verschleppung ganzer Familien aus Norddeutschland in die Lager und Ghettos des besetzten Polen“ (Landesverband Schleswig-Holstein des Verbands Deutscher Sinti und Roma).

Betroffen von der Deportation waren auch 62 (64) Sinti und Roma aus Lübeck, 10 Männer, 17 Frauen und 37 Kinder, die nach ihrer Festnahme am 16. Mai 1940 zunächst nach Hamburg und am 20. Mai von dort mit weiteren 848 Sinti und Roma aus Nordwestdeutschland nach Polen in das Lager Belzec geschafft wurden.

Im Zentrum der von der Initiative Stolpersteine Lübeck durchgeführten Gedenkveranstaltung

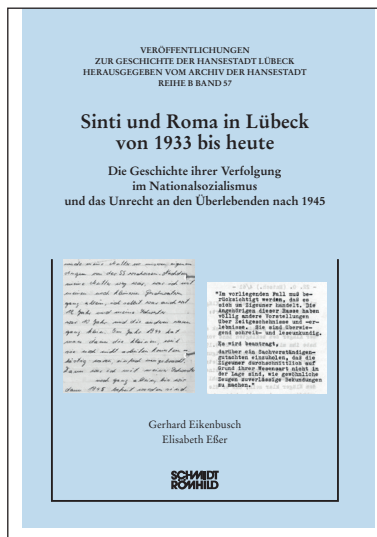
steht die Verlesung der Namen der 62 Deportierten, die aus einer im Staatsarchiv Hamburg erhaltenen Liste vollständig überliefert sind. Wenig bis nichts war bislang über die „hinter den Namen stehenden Schicksale[n] und Lebensläufe[n]“ (S. 9) bekannt, weshalb sich die beiden Mitglieder der Stolperstein-Initiative Eßer und Eikenbusch zwischen 2020 und 2022 drei Jahre lang auf die Spurensuche begaben. Herausgekommen ist das Buch „Sinti und Roma in Lübeck von 1933 bis heute“, das im Grunde zwei unabhängig voneinander zu lesende Aufsätze umfasst. Nur der erste Aufsatz, „Die Verfolgung der Sinti und Roma in Lübeck 1933 bis 1945“ von Elisabeth Eßer, widmet sich der selbst gestellten Aufgabe, „symbolische Gedenk-Blätter“ (S.

11) für die deportierten Lübecker Sinti und Roma anzulegen.

Bei ihrer Arbeit standen die Autoren vor zwei großen Schwierigkeiten: Erstens gibt es keine „Augenzeugenberichte und Schilderungen der Verfolgten und Opfer aus Lübeck“ (S. 10), man war also ausschließlich auf schriftliche Überlieferung staatlicher Akten (Stadtverwaltung, Polizei- und Gerichtsakten, Entschädigungsbehörden) angewiesen. Zweitens gab es vor allem von Seiten der Sinti- und Roma-Vertreter aus Schleswig-Holstein grundsätzliche Bedenken, überhaupt Namen von Opfern öffentlich zu nennen. Begründet wurden sie mit der Befürchtung, dass es dadurch „zu einer verstärkten Diskriminierung bis hin zu antiziganistischen Reaktionen führen könne.“ (S. 11)

Die AutorInnen befolgten dieses faktische Namensnennungsverbot bei sämtlichen von ihnen erarbeiteten Gedenk-Blättern und auch in dem zweiten Aufsatz durch die Abkürzung sämtlicher Familiennamen (selbst die Anwaltskanzlei, die Sinti und Roma in Entschädigungsverfahren vertreten hat, wird nur abgekürzt genannt, S. 136).

Allerdings geschieht dies nicht durchgängig; Namen aus offiziellen Dokumenten werden teils genannt, am Gedenktag ja sogar verlesen, dieselben Personen in den Gedenk-Blättern aber wieder nur abgekürzt behandelt, die nicht offiziellen Sinti-Namen der



Gerhard Eikenbusch / Elisabeth Eßer:
Sinti und Roma in Lübeck von 1933
bis heute. Die Geschichte ihrer Ver-
folgung im Nationalsozialismus und
das Unrecht an den Überlebenden
nach 1945. Lübeck: Schmidt-Römhild
2023. 179 S. (= Veröffentlichungen zur
Geschichte der Hansestadt Lübeck,
Reihe B, Band 57).

Personen aber mitgenannt, so dass
die Selbstbeschränkung zu einer
verwirrenden und irritierenden
Melange führt. Mir ist kein ver-
gleichbarer Fall aus anderen Bun-
desländern und Orten bekannt,
hier sollte unbedingt noch einmal
die Diskussion gesucht werden.
Übrigens ist deshalb wohl auch
kein Stolperstein für Sinti und
Roma in Schleswig-Holstein ver-
legt worden, was natürlich gerade
für eine Stolperstein-Initiative Fra-
gen aufwirft. Was für eine große
Bedeutung einer Namensnennung
zukommt, lässt sich eindrucksvoll

an einer derzeit wandernden Ausstellung der Stadt Dessau und der Universität Liverpool über einen einzigartigen Fotobestand aus der Zeit von 1933 bis 1943 sehen, in der für neun Sinti-Familien aus Dessau-Roßlau, die fast vollständig der NS-Vernichtungspolitik zum Opfer gefallen sind, durch sorgfältig recherchierte Biografien ihr Leben nachgezeichnet wird.¹

Abgesehen von dem Grundproblem der Namensabkürzung: Die Autorin hat Material aus verschiedenen Archiven zusammengetragen und sogar aus Privatbesitz einige Fotografien erhalten. Herausgekommen sind erweiterte Informationen zu den 62 Deportierten, die eine Vorstellung vom Leben und der Verfolgung der Sinti und Roma im Lübeck der NS-Zeit ermöglichen.

Inwieweit die Quellen ausgeschöpft sind, lässt sich nicht sagen; aufgefallen ist mir, dass der Aktenbestand R 165 „Rassenhygienische und kriminalbiologische Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamts“ im Bundesarchiv nicht herangezogen worden zu sein scheint – hier wären weitere „Genealogien“ und von Ritter und Justin erhobene Daten über Lübecker Sinti und Roma zu erwarten gewesen. Ebenso gibt es keinen Hinweis auf mögliche Quellen der Finanzbehörden, die

in die Ausplünderung der Deportierten eingebunden waren. Insofern sind die Gedenk-Blätter als ein Zwischenergebnis anzusehen, das neue Erkenntnisse enthält, aber noch weiterzuentwickeln sein dürfte.

Im zweiten Teil des Buches behandelt Gerhard Eikenbusch „Das Unrecht an den Überlebenden nach 1945. Wie Sinti und Roma in Lübeck für das in der NS-Zeit erlittene Unrecht (keine) Wiedergutmachung erhielten“. Die von Eikenbusch herausgearbeiteten Phasen der „Wiedergutmachung“ sind detailliert dargestellt. Vor allem in der zweiten Hälfte nimmt der Aufsatz aber die Form eines allgemeinen Rechtsgutachtens an und verzichtet auf die konkrete Untersuchung von realen Wiedergutmachungsverfahren.

Es geht dem Autor darum, das Fortbestehen der Diskriminierung und die Weigerung von Behörden und Gerichten, Sinti und Roma als Opfer des NS-Regimes anzuerkennen, aufzuzeigen, weshalb sein Schwerpunkt auf den Jahren bis 1966 liegt. Die Entschädigungsbehörden ließen erst die Deportation ab März 1943 nach Auschwitz als Beweis für NS-Verfolgung von Sinti und Roma gelten. Allen vorherigen Deportationen und Strafmaßnahmen wurde sogar eine Berechtigung zuerkannt. Da

1. „... vergiss die Photos nicht, das ist sehr wichtig...“. Die Verfolgung mitteldeutscher Sinti und Roma im Nationalsozialismus.

die meisten Lübecker Sinti und Roma bereits 1940, also lange vor der Auschwitz-Deportation weggeschafft wurden, ergaben sich besondere Schwierigkeiten der Entschädigung, die überzeugend dargelegt werden.

Wenig erfährt man über die realen Lebensverhältnisse der Sinti und Roma in Lübeck, Hinweisen auf eine Rückkehr in „provisorische Unterkünfte überwiegend am Stadtrand“ (S. 127) hätte eine genauere Ausarbeitung gutgetan, auch was die Rolle der Stadt Lübeck angeht. Vermisst habe ich auch, dass schon länger bestehende Untersuchungen zum Thema – wie das Buch *Fremd im eigenen Land, Sinti und Roma in Niedersachsen nach dem Holocaust*² – nicht herangezogen worden sind. Darin wurde erstmals umfassend für ein Bundesland, in diesem Fall ein ebenso wie Schleswig-Holstein

zur britischen Besatzungszone gehörendes, die erschwerte Integration der Auschwitz-Überlebenden und die Kontinuität von Diskriminierungs- und Verfolgungsmaßnahmen dargestellt. Eine vergleichende Betrachtung beider norddeutschen Bundesländer hätte sich angeboten.

Beide Aufsätze zur Verfolgungs- und „Wiedergutmachungs“-geschichte der Lübecker Sinti und Roma bilden trotz der beobachteten Mängel ein gutes Fundament für die Aufarbeitung der Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, die im Oktober 2023 als Auftrag des schleswig-holsteinischen Landtags an die Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History der Europa Universität Flensburg vergeben worden ist und bis Ende 2025 abgeschlossen sein soll.³

Wolf-Dieter Mechler

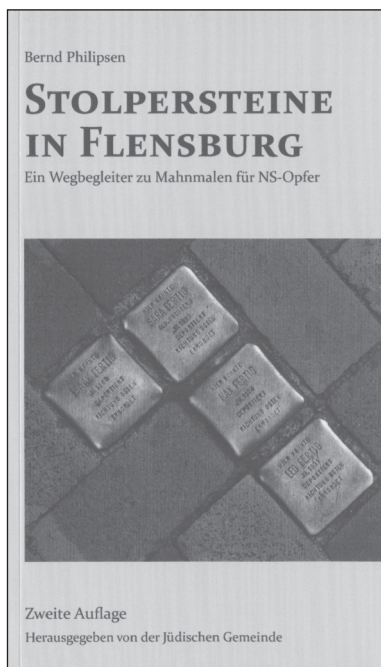
Prägnante Porträts, empathische Lebensbilder

In der Zeit- und Regionalgeschichte Schleswig-Holsteins ist der 83-jährige Journalist und Publizist Bernd Philipsen längst als Autor wichtiger Veröffentlichungen bekannt und geachtet. Seine über Jahrzehnte zusammengetragene

Sammlung von Fotografien und Dokumenten zur Geschichte der Juden in Flensburg bildete eine wichtige Basis für das von Bettina Goldberg 2006 erstmals publizierte Buch *Juden in Flensburg*, einem „Meilenstein“ der Stadtge-

2. Reinhold Baaske et al., *Fremd im eigenen Land. Sinti und Roma in Niedersachsen nach dem Holocaust*. Bielefeld 2012.

3. Siehe auch Marc Buggeln / Sebastian Lotto-Kusche, *Aufarbeitung des an Sinti und Roma begangenen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland. Grundlagenkonzept für eine Wahrheitskommission*. Wiesbaden 2024.



Bernd Philipsen, *Stolpersteine in Flensburg. Ein Wegbegleiter zu Mahnmalen für NS-Opfer*. Herausgegeben von der Jüdischen Gemeinde Flensburg. Flensburg: Novalis Media 2. wesentlich erweiterte Auflage 2023. 167 S.

schichte.¹ Einen weiteren Meilenstein setzte Bernd Philipsen als Herausgeber des Buches *Wir sollten leben. Am 1. Mai 1945 von Kiel mit Weißen Bussen nach Schweden in die Freiheit*.² Mitherausgeber des vorliegenden Bändchens ist der in Schweden geborene Familienforscher und leidenschaftliche Fotograf Fred Zimmak, dessen Vater

Leonhard Zimmak dank der von Graf Folke Bernadotte initiierten Rettungsaktion mit Weißen Bussen aus dem „Arbeitserziehungslager Nordmark“ in Kiel-Hassee befreit und nach Schweden gerettet wurde. Fred Zimmak war 2023 auch Gastredner der Ausstellungseröffnung „Der Tod ist ständig unter uns. Die Deportationen nach Riga und der Holocaust im deutsch besetzten Lettland“ im Hamburger Rathaus.

Jüngstes Beispiel ihrer publizistischen Kooperation stellt das von Bernd Philipsen verfasste Buch *Stolpersteine in Flensburg* dar. Diese 167 Seiten umfassende Veröffentlichung im „Westentaschenformat“, kann, wie der Untertitel verspricht, ein „Wegbegleiter zu Mahnmalen für NS-Opfer“ sein. Die von dem Kölner Bildhauer Gunter Demnig initiierten, quadratischen „Stolpersteine“, dezentrale Mahnmale für unterschiedliche Opfergruppen nationalsozialistischer Willkürherrschaft, müssen nicht mehr eigens charakterisiert werden, zählen sie doch längst zur bundesdeutschen Erinnerungskultur.

Am 1. September 2003 erfolgte die erste Flensburger Stolpersteinverlegung für den Schüler Max Fertig, der – wie seine Eltern und sein jüngerer Bruder Leo – zu

1. Bettina Goldberg unter Mitarbeit von Bernd Philipsen, *Juden in Flensburg*. Flensburg: Jüdische Gemeinde 2. erweiterte Auflage 2022. Vgl. ISHZ 62 (2022), S. 229.

2. Bernd Philipsen / Fred Zimmak (Hg.), *Wir sollten leben*. Steinbergkirche-Neukirchen: Novalis Verlag 2020. Vgl. ISHZ 61 (2021), S. 245ff.

den Opfern der deutschen Judenverfolgung zählt. Weder ihr Todesort noch das Todesdatum sind bekannt, sie gelten als „im Osten verschollen“.

Mittlerweile wurden in Flensburg und der angrenzenden Gemeinde Harrislee 49 Stolpersteine verlegt, allesamt von Fred Zimmak für das Buch fotografiert. Bernd Philipsen belässt es aber nicht bei dem fotografischen Beleg. Er erzählt in gebotener Kürze die Lebens- und Leidensgeschichten, die sich hinter den spärlichen, auf den Stolpersteinen eingeschlagenen Daten verbergen.

Auf manchmal lediglich zwei Seiten vermag Philipsen prägnant Leben und Verfolgung der jeweiligen Person zu schildern. Von der ersten bis zur letzten Zeile bezeugen seine von Empathie getragenen Texte sein historisches wie politisches Wissen, seine unterschiedene Parteinahme für die zu würdigenden Opfer.

Auch wenn die Jüdische Gemeinde Flensburg als Herausgeber dieses als Taschenbuch konzipierten Bandes fungiert, ist diese beachtenswerte Dokumentation nicht auf die jüdische Gruppe der Verfolgten beschränkt. Philipsen würdigt ebenso weitere Opfergruppen, z.B. Homosexuelle, die in Strafgefangenenlagern den Tod fanden, oder richtiger: ermordet wurden. Am Beispiel der 1881 geborenen und 1944 an vorgeblicher „Herzschwäche“ verstorbenen Jo-

hanne Marie Ebsen liefert der Autor die erschütternde Geschichte eines „Euthanasie“-Verbrechens. Auch Widerstandskämpfer wie der 1907 geborene Oskar Reincke, seit 1939 Mitglied der „Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe“, einer bedeutenden Widerstandsorganisation gegen den Nationalsozialismus in Hamburg, werden erwähnt. Er wurde wegen vorgeblicher „Vorbereitung zum Hochverrat“ vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und im Juli 1944 im Untersuchungsgefängnis in Hamburg enthauptet.

Andere, wie der Arbeiter Wilhelm Ringgaard, wurden wegen ihrer Beteiligung am antifaschistischen Widerstand zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt und danach in sogenannte Bewährungs- und Strafbataillone gesteckt. Diese „Frontbewährung“ kam Todeskommandos gleich; über das Lebensende der Männer, die in diesen Bataillonen zu Tode kamen, heißt es meist lapidar: „Schicksal unbekannt“. Auch die Lebensgeschichte des 1904 geborenen Walter Hohnsbehn berührt. Schon als Jugendlicher politisch aktiv, engagierte er sich als Sozialdemokrat und Gewerkschafter. Nach 1933 politisch verfolgt und verurteilt, wurde er 1944 in der „Aktion Gewitter“ erneut festgenommen und im KZ Neuengamme gefangen gehalten. Bei Räumung des Lagers wurde er mit anderen Häftlingen auf die Schiffe

„Cap Arcona“ und „Thielbek“ in der Lübecker Bucht gebracht. Als diese Schiffe von der britischen Luftwaffe irrtümlich bombardiert wurden und kenterten, starb auch Walter Hohnsbehn.³

Philipsen rekonstruiert in einfühlsamer Weise die Lebenswege der aus Flensburg stammenden, in der Fördestadt lebenden und dort tätigen Jüdinnen und Juden, geht ihren Flucht- und Emigrationswegen nach, dokumentiert ihre Deportationen in Gettos und Vernichtungslager. Doch verweist er auch auf die unmittelbare Verfolgung in Flensburg selbst, eindringlich vor Augen geführt an dem Goldschmied Louis Wartelski, der – als Jude entrechtet und verfolgt – am 28. September 1939 im Polizeipräsidium der Stadt mit Zyankali Suizid beging. Am vorgeblichen Selbstmord des aus einer Arbeiterfamilie stammenden Sozialdemokraten Wilhelm Ohlfen im Flensburger Polizeigefängnis im Februar 1938 bestanden auch nach Kriegsende erhebliche Zweifel.⁴

Jede Lebens- und Leidensgeschichte wird bildlich mit dem jeweiligen Stolperstein eingeleitet. Auf der schon erwähnten Sammlung des Autors basierend, ergänzen private Fotos, historische Zeitungsartikel, Geschäfts- und

Familienanzeigen sowie amtliche Dokumente die Erläuterungen von Bernd Philipsen. Im klaren Duktus dokumentieren seine Texte zugleich die 20-jährige Geschichte der Verlegung von Stolpersteinen in Flensburg. Die im Buch abgedruckte Karte „Wege zu den Stolpersteinen“ erleichtert deren Lokalisierung im Stadtbild und macht diese Veröffentlichung zu einem Stadtführer der besonderen Art.

Dessen Präsentation in der Dänischen Zentralbibliothek am 6. November 2023 stieß auf ein starkes Interesse. Philipsen, der ein Jahr zuvor für seine stete Beschäftigung mit der jüdischen Minderheit im nördlichen Schleswig-Holstein mit dem „Fördefuchs-Preis“ des Arbeitgeberverbandes Flensburg-Schleswig-Eckernförde geehrt wurde, konnte sich im Dezember 2023 in Anerkennung seines Engagements für jüdisches Leben ins Goldene Buch Flensburgs eintragen. Es entspricht Philipsens unermüdlicher Aufklärungsarbeit, dass er anlässlich des Jahrestages zum Gedenken an die Verfolgten des Nationalsozialismus am 27. Januar 2024 im *Flensburger Tageblatt* einen umfangreichen Artikel zu dem 1882 geborenen Kamillo Kompert veröffentlichte. Die Überschrift lautete: „Ein Holocaust-Opfer aus Flensburg“. *Wilfried Weinke*

3. Vgl. den Bericht zur Flensburger historischen Stadtführung, S. 259.

4. Vgl. Stephan Linck / Gerhard Paul, Historisches Gutachten zum Speichergebäude / Polizeigewahrsam, Flensburg Norderhofenden 1, S. 232-253.

Hamburger Legende – kritisch ausgeleuchtet

Der amerikanische Journalist John Reed konnte seinem 1919 veröffentlichten Roman über die russische Oktoberrevolution den Titel *Zehn Tage, die die Welt erschütterten*¹ geben. Gleiches ließe sich für die zwei Tage des „Hamburger Aufstandes vom 23./24. Oktober 1923 nicht behaupten. Auch das 1925 erstmals erschienene Buch *Hamburg auf den Barrikaden. Erlebtes und Erhörtes aus dem Hamburger Aufstand 1923* der sowjetischen Schriftstellerin Larissa Reissner² mag als interessantes Zeitdokument angesehen werden. Dass Hamburg in toto auf den Barrikaden war, darf als kommunistische Legendenbildung betrachtet werden. Unzureichend vorbereitet, politisch-strategisch aussichtslos blieb dieser gewalttätige kommunistische Umsturzversuch eine kurze Episode in der Stadtgeschichte Hamburgs.

Im Rückblick auf das Krisenjahr 1923, das auch als Schicksalsjahr der Weimarer Republik bezeichnet wurde, erschienen rechtzeitig zum Zentenarium diverse Bücher

renommierter Historiker (Peter Longerich, Peter Reichel, Volker Ullrich), die die wirtschaftliche wie politische Instabilität der frühen Jahre der Republik analysierten. Die Eckdaten der damaligen Geschehnisse reichen von der Ruhrbesetzung durch französisch-belgische Truppen, der Hyperinflation und deren Bekämpfung durch die Umstellung auf Rentenmark, der Reichsexekution gegen SPD/KPD-Koalitionen in Sachsen und Thüringen bis hin zum Hitler-Putsch am 9. November 1923 in München. Zur Instabilität trug neben dem rechten Sturm auf die noch junge Republik auch der Oktober-Aufstand an der Waterkant bei.

Parallel zu einer vom 20. September 2023 bis 7. Januar 2024 gezeigten Ausstellung im Museum für Hamburgische Geschichte erschien die von Olaf Matthes und Ortwin Pelc herausgegebene Begleitpublikation *Die bedrohte Stadtrepublik. Hamburg 1923*. Es ist nicht die erste Veröffentlichung zum Thema. Nach Aufsätzen von Eva Hubert (1983)³ und Jörg Berlin (1988)⁴, dem eben-

1. John Reed, *Zehn Tage, die die Welt erschütterten*. Deutsche Erstausgabe Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale 1922.

2. Larissa Reissner, *Hamburg auf den Barrikaden*. Berlin: Neuer Deutscher Verlag 1925.

3. Eva Hubert, *Der „Hamburger Aufstand“ von 1923*. In: Arno Herzig / Dieter Langewiesche / Arnold Sywottek (Hg.), *Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert*. Hamburg 1983, S. 483-491.

4. Jörg Berlin, *Staatshüter und Revolutionsverfechter. Arbeiterparteien in der Nachkriegskrise*. In: Ulrich Bauche (u.a. Hgg.), *„Wir sind die Kraft“. Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945*. Katalogbuch zu Ausstellungen des Museums für Hamburgische Geschichte. Hamburg 1988, S. 103-129.



Die bedrohte Stadtrepublik Hamburg 1923. Hg. von Olaf Matthes und Ortwin Pelc für die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg in Verbindung mit dem Museum für Hamburgische Geschichte. Kiel/Hamburg: Wachholtz Verlag 2023. 264 S., zahlr. Abb.

falls 1983 erschienenen Buch *Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich* von Angelika Voß, Ursula Büttner und Hermann Weber⁵, der 2010 veröffentlichten, nur bedingt seriösen Darstellung *Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt. Der kommunistische Griff nach der Macht im Oktober 1923* von Joachim Paschen⁶, dürfen Matthes und Pelc für sich in Anspruch nehmen, das umfassendste Kompendium zu den blutigen Ereignissen des

Oktober 1923 vorgelegt zu haben.

Für diese Gesamtdarstellung versammelten die beiden Herausgeber 14 Autorinnen und Autoren, um die Vorgänge in Hamburg wie auch im angrenzenden Schleswig-Holstein sowie die den historischen Ereignissen folgenden Mythen- und Legendenbildungen facettenreich auszuleuchten.

Die Abläufe dieses krachend gescheiterten Versuchs einer linken Weltrevolution an der Elbe müssen an dieser Stelle nicht rekapituliert werden. Über Anlass, Verlauf und Folgen informiert Ortwin Pelc, ebenso wie über die höchst überschaubaren Auswirkungen auf die preußische Provinz Schleswig-Holstein, wo es allein im nahe Itzehoe gelegenen, industriell geprägten Lägerdorf zu tumultartigen Auseinandersetzungen und drei Toten kam. Den Hamburger Aufstand aus Polizeisicht stellt Wolfgang Kopitzsch, ehemaliger Polizeipräsident Hamburgs, dar.

Das ansprechend gestaltete und großzügig layoutete Katalogbuch verbindet Politik- und Kulturgeschichte. Während Sebastian Merkel und Frank Omland die Hamburger Wirtschaft in den Krisenjahren zwischen 1919 und 1923 sowie das Wahlverhalten vor und nach dem Aufstand vom Oktober 1923 unter-

5. Angelika Voß / Ursula Büttner / Hermann Weber, *Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich*. Hamburg 1983.

6. Joachim Paschen: „Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt.“ *Der kommunistische Griff nach der Macht im Oktober 1923*. Frankfurt a.M. 2010.

suchen, lenken Christina Ewald und Rüdiger Schütt den Blick auf das Hamburger Alltagsleben und die „Kultur in Krisenzeiten“. Michael Wildt beleuchtet in seinem Beitrag, wie die Hamburger Vorgänge in Berlin wahrgenommen wurden: als „eine ferne, abenteuerliche Episode“. Widmet sich Klaus Weinbauer dem linken Hamburger Milieu zwischen Arbeitsplatz, Straße und Organisation, so fokussiert Marcel Bois das Interesse auf die KPD in ihrer so genannten „Kampfzeit“ zwischen 1919 und 1923 sowie das Verhalten der Kommunistischen Internationale vor und nach dem Aufstand.

Besonderes Augenmerk verdienen die Beiträge von Olaf Mattes zur bildlichen Überlieferung des Aufstandes in deutschen, westeuropäischen sowie sowjetischen Zeitungen, in denen ganze Bildstrecken veröffentlicht wurden. Es waren Fotografien, die erst nach der Niederschlagung des Aufstandes entstanden, aufgenommen nicht nur von Hamburger Fotografen wie Max Hirsch oder Otto Reich, sondern auch von Pressefotografen wie den Berlinern Willy Römer und Willi Ruge oder John (Johannes) Graudenz, dem Korrespondenten von United Press in Moskau.

Interessante Lektüre bieten auch die Beiträge zur nachträglichen Wahrnehmung des „Hamburger Aufstandes“, wie in dem schon erwähnten Buch *Hamburg auf den Barrikaden* von Larissa Reissner.

Dass der Hamburger Aufstand aber auch in diversen Erzählungen, Romanen, in der Lyrik, in Liedern, einem Schauspiel, einem Kinder- und Jugendbuch Widerhall erfuhr, fächert Hans-Kai Möller anhand der Autoren und ihrer Werke auf.

Für den Umschlag des Buches wählten die Herausgeber einen Ausschnitt eines vermutlich 1923 entstandenen, unbetitelten Holzschnitts des Grafikers und Schriftstellers Hans Leip. Es zeigt mit Gewehren bewaffnete Männer, eine Kanone und einen auf dem Boden liegenden, verletzten oder getöteten Menschen. Leip's Einzelblatt ist nur eine von diversen künstlerischen Darstellungen des Hamburger Aufstandes, die von Olaf Matthes präsentiert werden. Auch zeitgenössische Broschüren und Bucheinbände zeigten Motive der Barrikadenkämpfe; Zeichnungen, wie die des kommunistischen Hamburger Künstlers Otto Gröllmann, fanden anlässlich von Jahrestagen des Aufstandes Verwendung auf den Titelseiten der *Hamburger Volkszeitung*, dem Organ der KPD für den Bezirk Wasserkannte.

Grafiker und Künstler wie Carl Josef Meffert, der sich im Exil Clément Moreau nannte, aber auch Heinrich Vogeler schufen Linolschnitte und Ölbilder, die den Hamburger Aufstand zum Thema hatten. Das von dem Hamburger Maler und Grafiker Willy Colberg 1954/54 geschaffene Ölbild „Ernst Thälmann im Hamburger Auf-

stand“, eine Auftragsarbeit für das Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin, entsprach dem Heldenepos, das die DDR von dem Hamburger Arbeiterführer entwarf. Eine Entsprechung fand die Legendenbildung vom „hervorragenden revolutionären Führer der Hamburger Arbeiter“ in dem 1954 entstandenen DEFA-Spielfilm *Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse*, dessen Produktion, Inhalt und historische Ungereimtheiten von Günter Agde vorgestellt werden.

Das von Olaf Matthes und Ortwin Pelc herausgegebene Buch zeichnet sich durch eine üppige Illustration aus. Jeden Beitrag eröffnet auf der linken Buchseite ein Ausschnitt aus einem farbigen Plakat, einer Postkarte, einem Buchumschlag, einer Zeitungsseite oder einer schwarz-weißen Fotografie. Neben diese leitmotivische Einführung treten lesefreundlich platzierte Illustrationen mit ansprechend gesetzten Bildunterschriften. Im Anhang fin-

den sich zudem Berichte des damaligen sowjetischen Generalkonsuls in Hamburg Grigorij Škloskij über den Hamburger Aufstand. Ein umfangreiches Literatur-, Abbildungsverzeichnis, ein Personen- und Ortsregister schließen das Buch ab.

Die Stadtrepublik Hamburg war durch den kommunistischen Putschversuch nur kurzzeitig erschüttert, der Versuch einer deutschen Oktober-Revolution blieb isoliert und endete nach zwei Tagen mit seiner blutigen Niederschlagung. Auch wenn der Hitler-Putsch vom 8. November 1923 ebenfalls fehlgeschlug, die Weimarer Republik dem Ansturm von links wie rechts standhielt und eine kurze Phase der politischen Stabilisierung eintrat, führte die politisch-ideologische Frontstellung zwischen KPD und SPD nach 1923 zu einer Schwächung der Arbeiterbewegung in ihrer Abwehrhaltung gegen die Nationalsozialisten und ermöglichten deren Machtgewinn.

Wilfried Weinke

Mecklenburgs „Götter in weiß“ in brauner Zeit

Auf der Grundlage von bislang meist noch unerschlossenen Quellen haben der Historiker Dr. Michael Buddrus vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und Angrit Lorenzen-Schmidt von der Geschichtswerkstatt Rostock e.V. nach dreieinhalbjähriger Arbeit ein beeindruckendes Werk über die Medizinalpolitik Meck-

lenburgs von der frühen Neuzeit bis in die Nachkriegszeit sowie eine Biografie der Mecklenburger Ärzteschaft in der Zeit von 1929 bis zum Sommer 1945 erstellt. Das Werk ist mit knapp 1.600 Seiten in zwei Bänden erschienen.

Im ersten Band stellen die Autoren – beginnend vom Ende des 17. Jahrhunderts – die Gesund-

heitsverhältnisse, gesetzlichen Grundlagen und beruflichen Rahmenbedingungen der Ärzteschaft in Mecklenburg im Überblick dar. In Einzeldarstellungen folgen dann einzelne Schwerpunkte des Medizinalwesens Mecklenburgs in Bezug zu denen des Deutschen Reiches. Dazu gehören insbesondere Einblicke in das ärztliche Standeswesen, in die Struktur der Versorgung mit Krankenanstalten und epidemiologische Statistiken zu Krankheiten, Todesfällen und Todesursachen sowie zu Schwangerschaft und Geburt.

Eingehend wird auf die Zeit des Nationalsozialismus, das Verhalten verschiedener Ärztgruppen sowie die Verstrickung mecklenburgischer Ärzte in nationalsozialistische „Unrechtshandlungen“ eingegangen. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass die Verhältnisse in Mecklenburg stets mit denen auf der Reichsebene verglichen werden und der Bereich der Medizinverbrechen in das weit größere Feld der ärztlichen Normaltätigkeit eingeordnet wird. Die Studien bilden das derzeit umfangreichste Projekt seiner Art. Für kein deutsches Bundesland gibt es bisher eine vergleichbare Veröffentlichung, wobei räumlich das 1934 von den Nationalsozialisten vereinigte Land Mecklenburg zugrunde gelegt wird, bestehend aus den 1918/19 gebildeten Freistaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.



Michael Buddrus / Angrit Lorenzen-Schmidt, *Ärzte in Mecklenburg im Dritten Reich*. Biographisches Lexikon sowie Studien zu Gesundheitsverhältnissen und Medizinalpolitik 1929 bis 1949. Bremen: Edition Temmen 2023. 2 Bände, 1572 S. mit 713 Abb.

Im zweiten Band werden aufbauend auf dem 1929 von Gustav

Willgeroth (1865–1937) vorgelegten, damals einmaligen Ärzteverzeichnis in einem biografisch-lexikalischen Teil mehr als 2.300 Ärztinnen und Ärzte Mecklenburgs in der Zeit des „Dritten Reiches“ vorgestellt. Die Arbeit kann für sich in Anspruch nehmen, in bisher noch nicht dagewesener Weise die gesamte Ärzteschaft eines Landes in der Zeit des Nationalsozialismus zu porträtieren.

Hatte sich Willgeroth noch überwiegend auf die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte beschränkt, so berücksichtigen die Autoren in ihrem Verzeichnis neben den niedergelassenen, angestellten und beamteten Ärzten, die Krankenhaus-, Betriebs- und Militärärzte ebenso wie die Funktionäre der staatlichen Medizinalbürokratie, Führer der NS-Ärzteorganisationen, Leiter der Ärzteverbände und der ärztlichen Standesorganisationen wie auch die durch Krieg und Flucht in Mecklenburg tätig gewordenen Ärzte anderer deutscher Länder.

Die Fülle des publizierten Materials macht es unmöglich, auf Einzelheiten des Werkes einzugehen. Die Autoren scheuen nicht davor zurück, detaillierte Bezüge zur „singulären Spezifik des nationalsozialistischen Gesundheitswesens“ herzustellen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

In den Überblicks- wie auch in den Einzeldarstellungen gelingt

es ihnen, die mecklenburgischen Zustände mit den Verhältnissen im Reich zu vergleichen. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass die Medizinverhältnisse in Mecklenburg vielfach schlechter waren als im Reichsdurchschnitt, was jedoch nicht ausschloss, dass es im mecklenburgischen Medizinalwesen auch Spitzenpositionen in der medizinischen Entwicklung des Deutschen Reiches gab.

Die Einzeldarstellungen zeichnen sich dadurch aus, dass neben den allgemeinen Aspekten der Medizinalpolitik auch der ärztliche Alltag Berücksichtigung findet. Hierbei handelt es sich um keine leichte Aufgabe, da die ärztliche Alltagsgeschichte als nicht berichtenswertes Gewöhnliches sich nur selten in Quellen finden lässt.

Die Frage der NS-Mitgliedschaft der mecklenburgischen Ärztinnen und Ärzte spielt eine zentrale Rolle. Auch in Mecklenburg haben über 40 Prozent der Ärzteschaft der NSDAP angehört, aber deutlich weniger haben sich tatsächlich betätigt. Politisches Engagement war bei Ärzten traditionell nicht üblich. Sie hatten sich politisch „abgesichert“, dachten aber überwiegend nicht daran, aktiv mitzuwirken.

Jüdische Ärzte gab es in Mecklenburg mit 35 im Jahre 1933 nur wenige, Ende 1938 praktizierte dort kein jüdischer Arzt mehr; „Krankenbehandler“ gab

es nicht. Deutlich wird, dass auch die mecklenburgische Ärzteschaft bei „Unrechtshandlungen in medizinischen Kontexten“ überall eingebunden war. Dies gilt für die Zwangsterilisationen, die Morde an geistig Behinderten ebenso wie für ärztliche Verbrechen im Konzentrationslager Ravensbrück, an denen mindestens 27 Ärzte und drei Ärztinnen beteiligt waren.

Auch vor einer Darstellung von Ärzten im Konflikt mit dem Gesetz machen die Autoren nicht halt: Mindestens 143 Mediziner sind bekannt, die wegen unterschiedlicher Verbrechen, aber auch „normaler Kleinkriminalität“ wie z. B. Meineid, Betrug, Alkoholismus etc. verurteilt wurden.

Die Gründlichkeit der Bearbeitung der einzelnen Themenkomplexe, vor allem auch im Hinblick auf die Einordnung in die Verhältnisse des Deutschen Reiches ist besonders hervorzuheben. Den Autoren ist es gelungen, einen tiefen Einblick in das Medizinalwesen Mecklenburgs in den Jahren 1929 bis 1945 zu geben und diesen in eine Vor- und

Nachgeschichte einzubetten.

Das biografische Lexikon des zweiten Bandes muss den Vergleich mit anderen, in der Regel personengruppenbezogenen Sammlungen wie von Michael Grüttner zu Hochschullehrern im Nationalsozialismus, dem Kieler Gelehrtenverzeichnis der Christian-Albrechts-Universität und den schon älteren Biografien zu Akteuren im „Dritten Reich“ von Ernst Klee und Hermann Weiß¹, um nur einige zu nennen, nicht scheuen. Die jeweiligen Lebensdaten sind knapp gefasst und überlassen es dem Leser, zu Wertungen zu kommen.

Den Autoren ist es gelungen, wohl alle Ärztinnen und Ärzte eines Landes einzeln abzubilden, eine Leistung, die sich schwerlich in anderen Regionen Deutschlands wiederholen lässt. Nur selten finden auch Ärztinnen und Ärzte, die im Alltag ihre Arbeit ohne großes Aufsehen verrichtet haben, Eingang in das kollektive Gedächtnis und sind noch über 70 Jahre später in Quellen präsent.

Karl-Werner Ratschko

1. Michael Grüttner, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik. Heidelberg 2004 (= Studien zur Wissenschafts- und Universitäts-Geschichte, 6). – Kieler Gelehrtenverzeichnis. Kieler Professorinnen und Professoren von 1919 bis 1965. Online-Sammlung biographischer Daten über alle Kieler Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die zwischen 1919 und 1965 an der Christian-Albrechts-Universität gelehrt haben. <https://cau.gelehrtenverzeichnis.de> – Hermann Weiß, Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Frankfurt am Main: S. Fischer 1998. – Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main: S. Fischer 2003. – Ders., Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main: S. Fischer 2007.

Vom Umgang mit unerwünschten Kindern

Marcel Brüntrup ist kein Unbekannter in der Forschung zur Zwangsarbeit. 2019 erschien im Göttinger Wallstein Verlag seine Geschichte des „Ausländerkinderpflegeheims“ des Volkswagen-



Marcel Brüntrup, *Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik. Die Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein Verlag 2024. 527 S.

werks unter dem Titel „Verbrechen und Erinnerung“. Dabei konnte er auf die umfangreichen Protokolle des britischen Kriegsverbrecherprozesses gegen die damals Zuständigen zurückgreifen.

Fünf Jahre nach seiner ersten Veröffentlichung folgt nun sein

neues, fulminantes Buch – ebenfalls im Wallstein Verlag. War seine VW-Studie noch eine klassische Einzelfall-Betrachtung, sammelt, prüft und bewertet Marcel Brüntrup in seiner neuen Veröffentlichung vorhandene Forschungsergebnisse und verdichtet sie zu einer monografischen Literaturstudie unter dem Titel „Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik“. Er beschreibt detail- und facettenreich das Schicksal der „Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus“. So jedenfalls die Behauptung auf dem Titel.

Brüntrups Studie verfolgt ausdrücklich das Ziel, „eine Gesamtgeschichte der sogenannten Ausländerkinder-Pflegestätten und der damit zusammenhängenden Maßnahmen im Deutschen Reich mit besonderem Fokus auf der normativ-rechtlichen Genese sowie der regionalen und lokalen Umsetzung dieser rassistischen Praxis zu schreiben.“ (S. 21).

Erstaunlicherweise kommt die angekündigte normativ-rechtliche Genese ohne einen einzigen Hinweis auf den „Erlaß des Führers über einen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ aus. Erstaunlich deshalb, weil dieser spezifische Führererlass die entscheidende Zäsur für die Politik des Arbeitseinsatzes darstellt und

zugleich die strukturelle Eigenart des stark personalisierten nationalsozialistischen Staatsapparats und seiner Akteure nachvollziehbar macht.

Der erste Absatz dieses Erlasses lautet: „Die Sicherstellung der für die gesamte Kriegswirtschaft, besonders für die Rüstung erforderlichen Arbeitskräfte bedingt eine einheitlich ausgerichtete, den Erfordernissen der Kriegswirtschaft, entsprechende Steuerung des Einsatzes sämtlicher verfügbaren Arbeitskräfte einschließlich der angeworbenen Ausländer und der Kriegsgefangenen sowie die Mobilisierung aller noch unausgenutzten Arbeitskräfte im Großdeutschen Reich einschließlich des Protektorats sowie im Generalgouvernement und in den besetzten Gebieten.“¹

Nach seiner Ernennung im März 1942 und mit durchgreifenden Sonderrechten und Befugnissen ausgestattet, reorganisierte Fritz Sauckel den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich. Zwar stand das Reichsarbeitsministerium nach wie vor im Mittelpunkt, daneben erhielt die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley und für die Landwirtschaft der Reichsnährstand unter Herbert Backe in Form einer Pauschalermächtigung die zentrale Betreuungsaufgabe der Zwangsarbeiter,

als Kontrollinstanz ernannte Fritz Sauckel die NSDAP-Gauleiter zu seinen Bevollmächtigten.

Bereits etablierte Machtträger wollten ihren Einflussbereich nicht beschneiden lassen oder gar verlieren. Deshalb sah sich Fritz Sauckel aus praktischen und taktischen Gründen oft zu Konzessionen bereit. Größter Widersacher und dysfunktionaler Störenfried seiner Politik war vor allem Heinrich Himmler, der mit seinem „SS/SD/Gestapo-Komplex“ allerdings auch unentbehrlicher Akteur sowohl bei der Beschaffung von Zwangsarbeitern, aber auch auf der Einsatzseite zu ihrer Disziplinierung war.

So wenig Marcel Brüntrup den Ernennungs-Erlass zur Kenntnis nimmt, so problematisch bewertet er einen der ersten operativen Erlasse des neu installierten Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz.

Zu einem vordringlichen operativen Anliegen gehörte für Fritz Sauckel das Problem der Rückführung schwangerer ausländischer Arbeitskräfte. Bei einem reichsweiten Treffen der Präsidenten der Landesarbeitsämter Mitte Dezember 1942 in Hamburg (und nicht etwa, wie Marcel Brüntrup darlegt, in einem Umlaufverfahren)² stellte Sauckel einen entsprechenden Erlass vor,

1. Reichsgesetzblatt 1942. Ausgegeben zu Berlin, den 21. April 1942, Nr. 40, S. 179.

2. Brüntrup, S. 94.

begründete den Systemwechsel und verlangte seine dringliche Umsetzung. Was die Zuständigkeitsfrage angeht, stellte Fritz Sauckel in seiner Anweisung klar, dass die Landesarbeitsämter für „Entbindungsmöglichkeiten“ und für „Kleinkinderbetreuungseinrichtungen“ zu sorgen hatten. Auch der im März 1943 herausgegebene Timm-Erlass, der den – was die Details angeht – eher vagen Dezember-Erlass von Sauckel von der Ernährungs- bis zur Bekleidungsfrage präziserte, bestätigte noch einmal die überaus geschmeidigen Zuständigkeits- und Sprachregelungen. Nur so ist die fast schon unübersichtliche Vielfältigkeit der euphemistischen Bezeichnungen der „Kleinkinderbetreuungseinrichtungen“ zu erklären. Wovon aber in der Sauckel-Behörde an keiner Stelle die Rede ist: von „Ausländerkinder-Pflegestätten“.

Wie kommt aber Marcel Brüntrup zu dieser, in seiner Studie fast schon inflationär gebrauchten Begrifflichkeit? Auch wenn sich die Reichsverwaltung nach 1933 radikal änderte, etwa durch die Schaffung von Zentral- und Mittelinstanzen, so blieben doch traditionelle Verwaltungsprinzipien erhalten und damit Stand und Entwicklung der Verwaltungsvorgänge nachvollziehbar. So wie das Reichsarbeitsministerium übersetzte auch der Reichskommissar für die Festigung deutschen

Volkstums als relativ geschlossen agierender Herrschaftsträger den Sauckel-Erlass für seine Zuständigkeitsebenen.

Ernst Kaltenbrunner, der den Erlass für den Amtsbereich des Reichsführers SS übersetzte, übernahm weitgehend die Formulierungen und damit auch die Verantwortlichkeiten Fritz Sauckels, ergänzte aber den Begriff „Kleinkinderbetreuungseinrichtungen“ durch den Zusatz „Ausländerkinder-Pflegestätten“ genannt“. Dass nicht der eigentliche Begriff, sondern die nachgeschobene Neuschöpfung und Zusatzbezeichnung im Amtsbereich des Reichsführers-SS in der wissenschaftlichen Rezeption reüssiert und mit dem Buch von Marcel Brüntrup weitere Verbreitung findet, ist aus doppeltem Grund bedauerlich:

– Der Begriff führt zu Fehleinschätzungen und Missdeutungen und nährt das Narrativ, dass Heinrich Himmler sowohl die Begriffe als auch den Takt vorgab und mit seinem Plan zur „Ausrottung durch Arbeit“ die Arbeitseinsatzpolitik dominierte, was nicht zutraf.

– Gleichzeitig bedient der Begriff das bequeme Bild von der „bösen SS“, die es – Gott sei Dank – nicht mehr gibt, und lenkt von der zentralen Verantwortlichkeit der Arbeitsverwaltung ab. In der Realität ging das Leid und Elend der Kinder und Mütter weitgehend

von dem harmlos klingenden und bürokratisch knochentrockenen Apparat der Arbeitsverwaltung aus, einer Behörde, deren Leitungspersonal nach dem Krieg unbehelligt aufstieg und unauffällig Karriere machte – einer Behörde, die es heute noch gibt.

Damit ist an einer Stelle eine Schwäche der Studie Marcel Brüntrups benannt: nämlich die Zurichtung der empirischen Befunde auf den Zentralbegriff „Ausländerkinder-Pflegestätte“. Die Überbewertung des Einflusses des Reichsführers-SS wird auch im zweiten Themenkomplex von Marcel Brüntrups Studie – der Praxis von Zwangsabtreibungen – deutlich.

Die schleppende und sich an vielen Widerständen der Mittelinstanzen abarbeitende Planung und Errichtung von Entbindungs- und Kleinkinderbetreuungseinrichtungen ließ den Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti von seinem Weisungsrecht Gebrauch machen und in einer Anordnung zunächst im März 1943 „Schwangerschaftsunterbrechungen“ bei Ostarbeiterinnen, im Juli 1943 dann auch bei Polinnen zuzulassen.³ Der Antrag für einen Schwangerschaftsabbruch war der zuständigen Ärztekammer zuzuleiten. Diese setzte sich mit dem Beauftragten des Reichskommis-

sars für die Festigung deutschen Volkstums in Verbindung, der in der Regel – mit wenigen Ausnahmen – allen Anträgen zustimmte. Das nominelle Mitwirkungsrecht zeigt, dass selbst erbitterte Kontrahenten, wie der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz und der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, im Behördenalltag mit katastrophischer Effizienz zusammenarbeiten konnten.

Die unstrittige Stärke der monografischen Studie von Marcel Brüntrup liegt zweifellos in der gründlichen Zusammenfassung vorliegender Forschungsarbeiten und der ausführlichen Beschreibung der regionalen und lokal-kommunalen Umsetzung der rassistischen Praxis der Arbeitseinsatzpolitik. Wer künftig zur Geschichte der Behandlung von schwangeren Zwangsarbeiterinnen im rasseideologischen Kontext arbeiten und sich tiefergehend informieren will, wird an diesem Band nicht vorbeikommen. Hervorzuheben ist das wohl den Schwerpunkt der Studie bildende und mehr als eindringliche Kapitel zum „Leben und Sterben in den „Ausländerkinder-Pflegestätten““.

Fragwürdig hingegen erscheint das Kapitel zum „Töten

3. Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben. Herausgegeben von der Partei-Kanzlei. München, hier: Schwangerschaftsunterbrechungen bei Ostarbeiterinnen und Polinnen V.I. 53/6344.

und Sterbenlassen“. Obwohl – wie auch Marcel Brüntrup noch einmal bestätigt – kein Tötungsbefehl vorlag, geht er in diesem Kapitel einer Vielzahl von Vermutungen und Verdachtsfällen nach und bestärkt damit den Eindruck, es hätte einen Tötungsbefehl gegeben. Mehr noch: Er zitiert seitenlang in der Literatur geäußerte Vermutungen, nur um dann mit einem knappen Satz darauf hinzuweisen, dass es dafür keinerlei Beweise gibt. Doch durch eine solche Kolportage können die unbegründeten Vermutungen weiterhin zirkulieren.

Abschließend eine Beobachtung zu Brüntrups Anspruch, das Schicksal der „Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus“ darzustellen. Da der Autor ausschließlich Forschungsliteratur zur Grundlage seiner Studie macht, muss ihm ein bislang unerforschter, aber wesentlicher Aspekt zum Schicksal der besagten Kinder entgehen: Reichsweit lebten und starben tausende Kinder von Zwangsarbeiterinnen nämlich auch außerhalb von Lagern, vor allem bei ihren Müttern auf den Dörfern und in Kleinstädten. Aktuelle Untersuchungen⁴

zeigen, dass die Erlasse zur Unterbringung der unerwünschten Kinder in neu zu schaffenden Betreuungseinrichtungen bei weitem nicht so konsequent und umfassend umgesetzt wurden, wie man vermuten dürfte. Die Erlasse waren die eine Seite – die schlepende und unvollständige Umsetzung oder sogar Nicht-Umsetzung die andere.

So unbekannt wie überraschend ist auch, dass viele Kinder aus „Kleinkinderbetreuungseinrichtungen“ in Krankenhäuser kamen und teils als geheilt zurückkehrten – die Einrichtungen waren also keineswegs alle dem Ziel verpflichtet, die Kinder möglichst rasch sterben zu lassen. Dass es hierzu keine Untersuchungen gibt, ist Brüntrup selbstverständlich nicht vorzuwerfen. Trotzdem muss der umfassende Anspruch seiner Studie entsprechend eingeschränkt werden.

Das von Marcel Brüntrup in diesem Buch präsentierte empirische Material ist harte Kost und steht in krassem Gegensatz zum Cover des Buches, das fröhlich dreinblickende Ostarbeiterinnen mit ihren properen und sauberen Babys zeigt – offenkundig ein zeitgenössisches Propagandafoto.

Dietrich Mau

4. Im aktuellen Forschungsprojekt des Akens wird das Leben von mehr als 2000 in Schleswig-Holstein verstorbenen Kindern von Zwangsarbeiterinnen untersucht. Die bislang vorliegenden Ergebnisse lassen eine deutlich andere Rekonstruktion der damaligen Vorgänge zu. Mehrere Landkreise richteten keinerlei Kleinkinderbetreuungseinrichtungen ein. Vgl. den Zwischenbericht ab Seite 271.

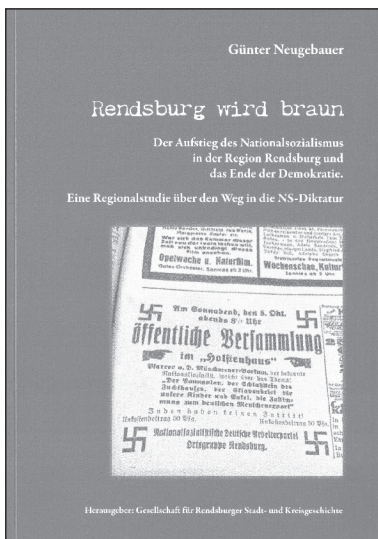
Methodisch verhoven

Nachdem sich Publikationen wie „Vergessen + Verdrängt“, „Rendsburg unter dem Hakenkreuz“ oder „Rendsburg in der Nazi-Zeit. Ein stadsgeschichtlicher Rundgang“¹ kritisch mit der NS-Geschichte in Stadt und Kreis Rendsburg auseinandergesetzt haben, legt der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer unter dem Titel „Rendsburg wird braun“ nun sein zweites Buch² vor, in dem er sich mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Raum Rendsburg beschäftigt.

„Nach umfangreichen Recherchen“, so der Verfasser, „wird in diesem Buch erstmalig aufgezeigt, wie sich der Nationalsozialismus in der Region Rendsburg aus kleinsten Anfängen innerhalb von nur drei Jahren von einer unbedeutenden rechtsextremen Gruppe zu einer Mehrheitspartei entwickeln konnte.“ Das Buch sei „eine Mahnung, aus der Geschichte zu lernen“. Die beiden Zitate aus dem Klappentext stellen den Rahmen und Anspruch vor, den der Autor zu realisieren versucht.

Und hier klingt schon an, wie Neugebauer vorgeht: Während es

sonst in der Geschichtsschreibung üblich ist, kurz den Kenntnis- und Literaturstand zum Thema zu



Günter Neugebauer, Rendsburg wird braun. Der Aufstieg des Nationalsozialismus in der Region Rendsburg und das Ende der Demokratie. Eine Regionalstudie über den Weg in die NS-Diktatur. Hg. von der Gesellschaft für Rendsburger Stadt- und Kreisgeschichte. Rendsburg: Rendsburg Druck- und Verlagshaus 2024. 290 S.

skizzieren, ist von den hier eingangs genannten Titeln bei Neugebauer keine Rede (obwohl sie in den Fußnoten aufscheinen). Er

1. Kurt Hamer / Karl-Werner Schunck / Rolf Schwarz (Hg.), Vergessen + verdrängt. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde. Eine andere Heimatgeschichte. Eckernförde 1983. – Erwin Schotten, Rendsburg unter dem Hakenkreuz. Rendsburg 1987. – Matthias Lauer, „Aber bei uns doch nicht ...!“ Rendsburg in der Nazi-Zeit. Ein stadsgeschichtlicher Rundgang. Rendsburg 2013.

2. Günter Neugebauer, Gegen das Vergessen. Opfer und Täter in Rendsburgs NS-Zeit. Rendsburg: Rendsburg Druck- und Verlagshaus 2018. 392 S. Vgl. ISHZ 59 (2019), S. 291ff.

tritt auf, als sei er der erste, der sich bislang mit der nationalsozialistischen Zeit in Rendsburg befasst. Was weder den Leserinnen und Lesern noch den vor ihm forschenden Historikern gegenüber fair ist.

Wie wenig Neugebauer der Forschungsstand kümmert, zeigt sich dann auch gleich in seinem einleitenden „Rückblick 1919 bis 1928“, in dem er auf sieben Seiten die Gründung der NSDAP im Gau Schleswig-Holstein und in Rendsburg zu rekonstruieren versucht. Statt hierzu schon lange vorliegende Studien³ einzubeziehen, zitiert der Autor Dokumente aus dem Bundesarchiv. Ein Nachschlagen oder gar Überprüfen seiner aus diesen Unterlagen gezogenen Erkenntnisse ist so nicht möglich. Folgt man seiner Darstellung, hat niemand außer ihm bislang zu diesen Zusammenhängen gearbeitet. Was schlicht falsch ist.

Man muss nicht weit ins Buch hineinlesen, um zwei weitere Besonderheiten zu erkennen: Es gelingt Neugebauer nicht, die Ereignisse chronologisch klar und nachvollziehbar darzustellen; er springt hin und her, hält Gau-, Kreis- und Stadtebene nicht klar auseinander und bringt einige Fakten gleich mehrmals. Diese Unordnung und diese Redundanzen begegnen den Leserinnen

und Lesern in diesem Buch mehrfach; fast hat es den Anschein, als sei das Manuskript abschließend nicht noch einmal gelesen und geprüft worden.

Die zweite Besonderheit ist weitaus prekärer: Schon im Vorwort äußert sich Günter Neugebauer zur Funktion der regionalen Presse für die politische Meinungsbildung und konstatiert im Hinblick auf die damals in Rendsburg erscheinende *Landeszeitung*, dass im Raum Rendsburg „die Informationen dieser Monopol-Zeitung sehr oft zur antidemokratischen Desinformation der Leser“ beitragen (S. 10). Was ihn aber nicht daran hindert, weite Strecken seiner Rekonstruktion auf Artikeln und Anzeigen eben dieser „Monopol-Zeitung“ aufzubauen.

So entsteht das Paradoxon, dass Neugebauer sich einerseits von seiner Hauptquelle zu distanzieren versucht und sie als tendenziös kategorisiert, sich dann aber auf eben diese Quelle verlässt, ja seine Darstellung ihr gleichsam anvertraut und zu weiten Teilen die Vorgänge aus Sicht der Zeitung rekonstruiert. Nicht nur Zahlen etwa zur Beteiligung an Aufmärschen, sondern auch Sichtweisen und Auslegungen zum politischen Alltag jener Zeit entstammen dieser zweifelhaften

3, Stellvertretend sei genannt: Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1982.

Quelle. Und was die Zeitung verschwiegen hat, fehlt folglich auch bei Neugebauer. Dass hiermit keine verlässliche Darstellung entstehen kann, ist unausweichlich, und der Verfasser nutzt nur sehr punktuell die breite Überlieferung etwa von Dokumenten im Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv. Hier bleibt ein mögliches und wichtiges Korrektiv ungenutzt.

Doch zurück zum konkreten Text: In kleinteiligen Schritten präsentiert der Autor eine Chronologie, die sich eng an der Berichterstattung der Landeszeitung orientiert. Mit viel Fleiß hat er die Ausgaben aus den Jahren 1929 bis 1933 durchgearbeitet, und es wird ausgiebig zitiert. Ergänzt wird diese Quelle gelegentlich durch Artikel aus der ab 1929 in Itzehoe erschienenen offiziellen NSDAP-Gautageszeitung *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* (auch ohne kritische Distanz zu den übernommenen Inhalten) sowie einigen archivarischen Unterlagen. Dieses chronologische Vorgehen verhindert jedoch eine inhaltliche Schwerpunktsetzung zur Programmatik und Politik der NSDAP und führt zeitweise von Veranstaltung zu Veranstaltung, von Aufmarsch zu Aufmarsch und wirkt ermüdend. Zu einzelnen Akteuren der „Bewegung“ werden NSDAP-Mitgliedsnum-

mern und weitere Informationen zu ihrem Werdegang auch über die NS-Zeit hinaus im Text oder in den Fußnoten genannt. Eingestreut in die insgesamt 290 Seiten sind diverse Abbildungen von Zeitungsanzeigen und Fotos aus der NS-„Bewegung“ im Rendsburger Raum.

Doch trotz aller Bemühungen des Autors: Sein fleißiges Kompilieren erzeugt kein Bild im Sinne eines „So war es“ (wenn man das denn überhaupt so sagen kann), sondern nur ein „So stand es in der tendenziösen Presse“. Und das ist für den zweifellos großen vom Verfasser unternommenen Aufwand denn doch ein unbefriedigendes Ergebnis.

Methodischen Probleme begegnen den Leserinnen und Lesern auch bei den Illustrationen. Spätestens seit den umfangreichen Publikationen von Gerhard Paul zur Bedeutung von Bildquellen⁴ entspricht es gängiger wissenschaftlicher Praxis, eine detaillierte zeitliche Einordnung und Beschreibung des präsentierten optischen Materials vorzunehmen. Es reicht beispielsweise für die Anzeige der Geschwister Nathan (Seite 29) nicht als Quellennachweis der Hinweis auf die *Landeszeitung* – hier fehlt eine Zuordnung. Die Abbildung „Rendsburger SA marschiert“ auf Seite

4. So z.B. Gerhard Paul, *Bilder einer Diktatur. Zur Visual History des „Dritten Reiches“*. Göttingen 2020; ders. *Von der Historischen Bildkunde zur Visual History*. www.gerhardpaul.de

81 mit hunderten Zuschauern, die den Hitlergruß zeigen, steht ohne nähere Erläuterung (wann, wo, welcher Anlass?) im Zusammenhang mit Ereignissen des Jahres 1930 – aber stammt das Bild auch aus diesem Jahr? Und die Abbildung auf Seite 110 („Krabbes mit SA-Angehörigen“) zeigt tatsächlich die Ratsfraktion der NSDAP. Diese Beispiele ließen sich mehreren.

Neben der Kritik am naiven methodischen Vorgehen Neugebauers fallen viele handwerkliche Schwächen auf. Zwar hat der Band dankenswerter Weise überhaupt ein Namenverzeichnis, doch ist das leider unlogisch. Neben historischen Personen taucht mit Rolf Schwarz auch ein Verfasser von Forschungsliteratur auf, ohne dass sein Name auf den angegebenen Seiten im Lauftext erwähnt wäre (und in den Fußnoten findet sich nur ein Literaturverweis). Und dass der Band kein Literaturverzeichnis hat, verweist die interessierten Leserinnen und Leser auf die Angaben in den eigenwilligen Fußnoten.

Die dort genannten Titel sind aber teils mit den gegebenen bibliografischen Informationen nicht auffindbar. So lautet ein Verweis auf einen gar nicht explizit genannten Beitrag aus den „Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte“ in der Fußnote 18 knapp „Auch Akens, Kiel, Band 60, S. 7-59.“ Den dazu-

gehörigen Aufsatz mit solchen irreführenden und unvollständigen Informationen zu finden, dürfte schwierig werden.

Irritierend ist auch Neugebauers Verwendung der Angabe „Ebenda“. Normalerweise bezieht sie sich auf eine unmittelbar vorhergehende Literatur- oder Quellenangabe, die durch diesen Rückverweis nicht noch einmal vollständig wiedergegeben werden muss. „Ebenda“ soll bei Neugebauer offenbar aber „am angegebenen Ort („ a.a.O.“) bedeuten – sein „ebenda“ verweist also irrigerweise auf vorstehende Fußnoten, in denen sich aber keine passenden Quellen- oder Literaturangaben finden. Das mag nun etwas pedantisch anmuten – doch zeigen seine Anmerkungen, dass Neugebauer offensichtlich mit Anmerkungsapparaten und Literaturnachweisen sehr unerfahren ist.

Das Fazit nach der Lektüre von Günter Neugebauers *Rendsburg wird braun*: Die unkritische Quellennutzung und die schwierig zu verfolgenden Ordnung der besprochenen Ereignisse macht den Band nur sehr bedingt brauchbar, da keine aus der Landeszeitung übernommene Information als verlässlich gelten kann. Und Neugebauers Bewertungen lassen leider allzu direkt auf seinen eigenen politischen Hintergrund rückschließen: Als langjähriger SPD-Landtagsabgeordneter stellt

es das Handeln der Sozialdemokraten während des Aufstiegs der NSDAP in Rendsburg stets unkritisch als besonders mutig und entschlossen dar, wohingegen er die Kommunisten – die einzige weitere Oppositionspartei gegen die NSDAP – nur äußerst knapp erwähnt. Wie objektiv steht er in seiner Darstellung dann anderen politischen Strömungen gegenüber?

Nun mag natürlich jeder Autor seine Vorgehensweise und seine Quellen selbst wählen, und niemand muss ein Meister des historischen Handwerks sein. An das schon längst erreichte Niveau der kritischen NS-Geschichtsschreibung für Rendsburg u.a. in den eingangs erwähnten Studien kann Günter Neugebauers Buch jedoch nicht anknüpfen.

Kay Dohnke

Baustein einer künftigen „Heimat“-Geschichte

Zwischen dem 4. und dem 11. April 1945 kam es in Norddeutschland zu einem grotesken Ereignis. Ein gleichsam gespenstischer Eisenbahnzug verließ das KZ-Außenlager Mittelbau Dora bei Nordhausen und fuhr scheinbar ziellos Richtung Norden. Mit langen Pausen, in denen Lokomotive und Waggon auf offener Strecke oder in kleinen Bahnhöfen stehen blieben, erreichte der Zug über Celle, Hannover und Hamburg erst St. Michaelisdonn, dann Brunsbüttel und kehrte dann über Glückstadt wieder nach Süden um. Mit Station in Handeloh endete die Fahrt des Zuges dann im KZ Bergen-Belsen.

1600 Menschen hatten die Aufseher in die Waggonen getrieben; wohin sie die Häftlinge bringen wollten, war ihnen selbst vermutlich unklar, nur fort sollte es gehen vor den herannahenden russischen

Truppen. Dithmarschen als Ziel mag die Idee des befehlshabenden SS-Oberscharführers Hermann Kleemann gewesen sein, der aus Westdorf bei St. Michaelisdonn gebürtig war.

Weil einer der Häftlinge, der Belgier Emil Delaunois, sein Tagebuch führen konnte, wissen wir, wie sich die ohnehin schon bizarren Verhältnisse unterwegs grotesk verschlechterten. Wasser oder gar Verpflegung gab es kaum oder gar nicht; die Menschen waren oftmals stehend in die Eisenbahnwagen gepfercht und mussten die immer furchtbarer werdende Situation aushalten. Tote wurden in einen separaten Waggon gelegt. In den genannten Orten gab es Verpflegung, die keineswegs ausreichte. Trotz strenger Bewachung gelang einigen Häftlingen die Flucht; andere wurden gefasst und zumeist sofort erschossen.

HG. JENS BINCKEBANCK

ORTE EINES TODESMARSCHES

KZ MITTELBAU-DORA – ST. MICHAELISDONN
BRUNSBÜTTEL – GLÜCKSTADT – HANDELOH – KZ BERGEN-BESEN



Jens Binckebanck (Hg.), *Orte eines Todesmarsches*. KZ Mittelbau Dora – St. Michaelisdonn – Brunsbüttel – Glückstadt – Handeloh – KZ Bergen-Belsen. Meldorf: Volkshochschulen in Dithmarschen 2023. 128 S. m. zahlr. Abb.

Diese Vorgänge spielten sich unter den Augen der Öffentlichkeit ab. Menschen im Umfeld der Bahnhöfe sahen die Häftlinge aus den Waggons schauen, hörten Schreie nach Wasser, sahen die ausgemergelten Menschen, wenn sie die Waggons verlassen konnten. Sie beobachteten brutale Gewaltakte und willkürliche Erschießungen. Hilfe leistete niemand.

Fast 80 Jahre dauerte es, ehe diese Tragödie – sie war nur eine von vielen so ziel- wie sinnlosen KZ-Evakuierungen – nun in einer Publikation rekonstruiert und der historische Hintergrund ausgeleuchtet wird. Die zu den

Todesmärschen zählende Fahrt des Zuges ist durch das Tagebuch des Belgier Emile Delaunois ausführlich dokumentiert; es dient als Hauptquelle der vorliegenden Publikation. Deren Initiator Jens Binckebanck hat als zweite Quelle die Gerichtsakten eines 1951 in Itzehoe gegen den hauptverantwortlichen SS-Mann geführten Prozesses erschlossen. Auszüge aus Zeugenaussagen werfen verschiedene Schlaglichter auf die Ereignisse, schildern grausame, leidvolle Situationen. Solche Momentaufnahmen könnten sich zu einem Gesamtbild fügen, wenn es denn möglich wäre, sich heute wirklich vorzustellen, was in den Waggons passierte.

Die Dokumentation der Ereignisse macht den Hauptteil der Publikation aus. Um die historischen Hintergründe auszuleuchten, wird die Darstellung durch drei Aufsätze ergänzt. Sebastian Hammer beschreibt die Zwangsarbeit in Mittelbau-Dora, Martin Clemens Winter gibt einen Abriss der Todesmärsche 1944/1945, und Jens Binckebanck steuert einen Essay zur Biografie des hauptverantwortlichen SS-Oberscharführers Hermann Kleemann bei.

Der Band klingt mit einem besonders zynischen Aspekt aus: Emile Delaunois, durch sein Tagebuch zum Chronisten der Ereignisse geworden, starb nach der in Bergen-Belsen erlebten Befreiung am 5. Juni 1945 an den Folgen

der erlittenen Strapazen auf dem Rückweg in seine belgische Heimat. Der zu weiten Teilen für die Qual der Menschen in den Zügen, die Todesfälle und auch für im Vorfeld in verschiedenen KZ-Außenlagern begangene Verbrechen verantwortliche SS-Oberscharführer Hermann Kleemann jedoch wurde im April 1951 vom Itzehoer Landgericht von allen ihm zur Last gelegten Taten freigesprochen. „Ich bin auch kein Engel gewesen,“ heißt es in einer seiner Aussagen, „aber dass ich [...] schuldig sein soll, kann ich nicht einsehen.“

Der Band ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Er ist Resultat einer gut zehnjährigen Beschäftigung des Herausgebers Jens Binckebanck mit dem Todesmarsch, von dem er erstmalig 2013 erfuhr. In mehreren Recherche-Phasen arbeitete er alle erhaltenen Archivalien und Prozessunterlagen durch und bearbeitete das Thema mit Schülergruppen seines Geschichtsunterrichts.

Ein ganz großes Verdienst dieser Publikation liegt darin, die bisher von der regionalen Geschichtsforschung unbeachteten Vorgänge als Manifestation der chaotischen, grausamen Selbstauflösung des nationalsozialistischen Unterdrückungsapparates ins Bewusstsein zu holen. St. Michaelisdonn, Brunsbüttel, Glückstadt – diese Ortsnamen stehen fortan unübersehbar auf der Landkarte

der NS-Verbrechen. Das nun zugänglich gemachte Wissen darum öffnet Interessierten die Möglichkeit, sich aktiv mit den Geschehnissen vor 80 Jahren auseinanderzusetzen. Hiermit liegt ein bedeutender Baustein einer künftigen „Heimat“-Geschichte vor.

Sehr gelungen ist die Broschüre aber vor allem auch, weil sie sachlich dokumentiert und die Quellen für sich sprechen lässt. Mit der quasi Abwesenheit der Autoren bzw. Bearbeiter hebt sie sich wohltuend von anderen – vor allem regionalgeschichtlichen – Publikationen ab, in denen Verfasser ihre eigene Entrüstung in ihre Darstellungen einfließen lassen. Hier steht nichts (spürbar) zwischen der Geschichte und den Leserinnen und Lesern, was die Unmittelbarkeit erhöht.

In Orte eines Todesmarsches sind zudem Ergebnisse eines Fotoprojektes von Schülerinnen und Schülern des Detlefsengymnasiums Glückstadt eingeflossen. Vor allem durch Doppelbelichtungen geben die Aufnahmen den Motiven eine unerwartete Bedeutungstiefe, treten in eine spannende Wechselwirkung mit den Texten und erschließen weitere Betrachtungsebenen.

Bezug: Die Broschüre kann zum Selbstkostenpreis von 7 Euro zzgl. Versandkosten beim Herausgeber bestellt werden:

(jbinckebanck@gmx.de

Kay Dohnke